

Wir sind alle Geschäftsführer OHNE Auftrag

Gebietsverwaltung Bundesrepublik Deutschland (1949-1995)

Bundesrepublik (1995 ...)

- Die Alliierten besiegten das Unternehmen Drittes Deutsches Reich und übernahmen die Verwaltung des durch diese Firma verwalteten Gebietes
- Für dieses Gebiet erwarben Sie (nach der Besetzung) eine Gebietsverwaltungslizenz bei der UN und nannten diese Verwaltung Bundesrepublik Deutschland. Deshalb hatte die Bundesrepublik Deutschland eine Lizenz der UN
- Bei Gründung wurde eine grundsätzliche Versicherung abgeschlossen: „Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“, denn: Die Bundesrepublik (bzw: ihre haftenden Gesellschafter) sind versicherungspflichtig
- Das ist der (Versicherungs-) Vertrag, der die Haftung der Alliierten bei der Verwaltung dieses Kartellgebietes versichert (Haftungsbegrenzung). Dieser ersetzte Schritt für Schritt die militärischen Versicherungsverträge. Die sog. SHAEF-Gesetze
- 1990-2005 wären diese Verträge umgestellt worden und es wäre die Bundesrepublik (Gebiet) und GERMANY (Treuhandverwaltung der Werte) entstanden, wenn alle Besatzer zugestimmt hätten ...
- Das UN-Modell könnte man prinzipiell als Franchising-Modell* bezeichnen. Das Geschäftsmodell* nennt sich „**freiheitlicher nicht souveräner demokratischer Rechtsstaat**“
- Es gibt Verträge ... Privatverträge ... und es gibt private Inhaber (der Firmen, die sich Alliierte nennen), die diesen Vertrag mit der privaten Seite der UN (= der Inhaber) geschlossen haben
- Diese beinhaltet die Sicherung des Kollateralvermögens exklusive den Kollateralträgern.
- Die Alliierten haben (aufgrund des Fortbestehens des Besatzungszustandes) die Vertragshoheit über das besetzte Gebiet
- Somit haben die Alliierten die Haftung für ein verwaltungstechnisches Fehlverhalten der Bundesrepublik (nicht GERMANY)
- Die Bundesrepublik verfolgt einzig und alleine wirtschaftliche Interessen aus der Verwaltung des Kartellgebietes

* Das Unternehmen der Bundesfinanzagentur GmbH in Frankfurt wurde am 19. September 2000 durch Änderung des Gesellschaftsvertrages vom 29. August 1990 aus dem Firmenmantel erzeugt. Eine **Mantelgesellschaft** (auch als *Firmenmantel* bezeichnet) ist eine spezielle Erscheinungsform einer Kapitalgesellschaft (z. B. AG, GmbH). Sie zeichnet sich durch das Fehlen einer operativen Geschäftstätigkeit aus, der Berliner *CVU Systemhaus Abwicklungsgesellschaft mbH* (der Begriff erklärt sich von selbst!) – ehemals *CVU Systemhaus GmbH* mit Sitz in Berlin, die im Jahr 1991 aus der „CVU Applikationssysteme GmbH i. G.“ hervorgegangen war und die im Dezember 1992 nach einigen Geschäftsführerwechseln schließlich in *CVU Systemhaus Abwicklungsgesellschaft mbH* umbenannt wurde, vom Bund gegründet und hat seinen Sitz in Frankfurt am Main.

Wir sind alle Geschäftsführer OHNE Auftrag

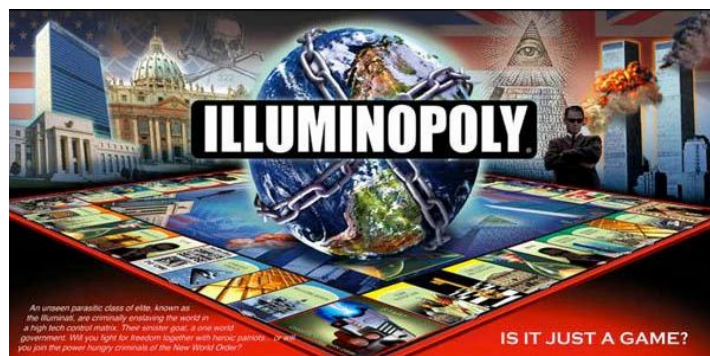
Die Bundesebene (auch Bund genannt) ist in Deutschland die oberste Ebene in der Hierarchie des **Staatsmodells** des Bundesstaates. In der Politik- und Rechtswissenschaft liegt dem **Modell die Idee** eines föderativ organisierten politischen Systems der staatlichen Ebene zugrunde.

Der **Begriff Staatsmodell** (Polysem) wird insbesondere in der Politik-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaft zur **modellhaften Charakterisierung** von Staaten verwendet, wobei im Rahmen der Beschreibung und modernen begrifflichen Fixierung von Staatstypen in der Regel jeweils als wesentlich erachtete Merkmale in den Vordergrund gestellt werden. **Staatsmodelle** können Bestandteile einer **politischen Philosophie**, wissenschaftlichen **Theorie**, **Utopie** oder auch **Ideologie** sein. Die Firmenkonstruktion der „Bundesrepublik Deutschland“ können wir aus vergangener Erfahrung, mit dem heutigen (Schulden)Zustand und analog der Konstruktion des 3. Reiches, eher an die letzten 3 Begriffe festmachen. Die Geburtsurkunde der Neugeborenen, finanzieren als Wertpapier an den Börsen die Mittel, mit welchen diese „Bundesrepublik Deutschland“ weiter in den Ruin steuert und verschweigt der Bevölkerung das Eigentum als Gläubiger (Treuhandfond durch die Geburtsurkunden), der durch ihre künstlich erzeugten juristischen PERSONen und dessen daraus resultierenden erzeugten Werten. Ohne diese Gläubiger und dem Betrug an und mit ihren Wertpapieren, wäre diese „Bundesrepublik AUF Deutschland“ schon längst Geschichte. Und, diese Werte klug eingesetzt, können niemals ausgehen, womit das Euro-Problem ebenfalls sofort gelöst wäre. Wir reden daher auch von Werten und nicht von Geld, denn das ist ein gewaltiger Unterschied. Und dieser Wert ist in jeder Geburtsurkunde enthalten, Werte die den Völkern gehören.

**Ergo: Diese „Bundesrepublik Deutschland“ ist somit also nichts weiter als ein Modell !!!
Ähnlich dem Führerschein und der EU, welche auch nur Modelle sind !!!**

Wir leben somit in einer Fiktion und bestärken uns darin auch noch täglich!?!

Als **Fiktion** bezeichnet die Rechtswissenschaft die Anordnung des Gesetzes, tatsächliche oder rechtliche Umstände als gegeben zu behandeln, obwohl sie in Wirklichkeit nicht vorliegen. Hierbei kann die Fiktion das genaue Gegenteil der tatsächlichen Umstände als rechtlich verbindlich festlegen. Eine Fiktion kann deshalb im Prozeß auch nicht widerlegt oder entkräftet werden, da sie *definitionsgemäß* vom tatsächlichen Sachverhalt abweicht. Das Wort „gilt“ ist in Gesetzestexten ein Indiz für das Vorliegen einer Fiktion, sie kann sich aber auch in Legaldefinitionen verbergen.



Wir sind alle Geschäftsführer OHNE Auftrag

Kollateralverwaltung

- GERMANY ist eine Kollateral(unter)verwaltungsfirma im Auftrag des Department of the Treasury
- Dazu hat das in DELAWARE gemeldete Unternehmen GERMANY 2005 eine Lizenz erworben (Gewerbezulassung)
- Diese Lizenz ist gebührenpflichtig. Die Gebühren (Lizenzen = Steuern) werden von der IRS* erhoben/eingetrieben
- Diese Lizenz beinhaltet die Verwaltung aller Kollateralwerte und deren Träger (die lebenden Menschen) in Zentraleuropa, das Deutschland genannt wird.
- Für die Kollateralträger und deren Werte haftet GERMANY und muß diese sogar versichern
- GERMANY hat die Lizenz erworben, Konten (Systemzugänge) für den Zugang zur kommerziellen Struktur in Zentraleuropa zu eröffnen. Diese Konten nennen sich juristische Personen (**JP**) und sind Obligationen
- Für diese Konten hat GERMANY die ausgleichende Verbindlichkeit (Haftung). GERMANY ist bilanzierungspflichtig
- Mit diesen Obligationen garantiert GERMANY allen Stiftern (das sind wir) den Zugang zum Unternehmen, so daß die Einlagen (Arbeitskraft) sowie die Entnahmen (was man so braucht) jedes Stifters buchhalterisch ordentlich in der doppelten Buchführung verbucht werden können
- Die Garantie für diesen Zugang jedes Stifters ist Bestandteil des Lizenzvertrages mit dem Department of the Treasury
- GERMANY hat – aus betriebswirtschaftlichen Gründen – kein Interesse an lebenden Menschen
- Die Interessen von GERMANY sind ausschließlich betriebswirtschaftlicher Natur: Umsatz und Gewinnmaximierung, denn GERMANY ist ein reines Kollateral-Verwaltungsunternehmen, welches über Obligationen (Konten) verwaltet wird.

* Der **Internal Revenue Service** (Abkürzung **IRS**) ist die Bundessteuerbehörde der Vereinigten Staaten und ist dem Finanzministerium unterstellt. Er wurde 1913 in der Folge der Verabschiedung des 16. Zusatzartikels zur amerikanischen Verfassung gegründet.

Die Aufgabe der Behörde ist die Erhebung aller Bundessteuern sowie Ermittlungen in Steuerstrafsachen und der Forderungseinzug. Der IRS hat 89.500 Mitarbeiter und einen Etat von etwa 11 Mrd. US-Dollar (Stand 2014).

Wir sind alle Geschäftsführer OHNE Auftrag

Die NP / JP – Obligation

- Das Department of the Treasury verwaltet unser Kollateralvermögen
- Damit wir dieses zur Verrechnung nutzen können, wird eine Obligation (Verrechnungs-Konto) herausgegeben
- Dieses Konto nennt sich natürliche Person ... die **NP**-Obligation
- Da die **NP** durch die Absicherung mit unserem individuellen Kollateralkonto unbegrenzt kreditwürdig ist, kann man mit diesem Konto nahezu unbegrenzte Haftungszusagen geben
- Mit dieser Obligation können wir (Kollateral-)Werte einbringen (z.B. Einkommenssteuererklärung) und Werte entnehmen (Strom, Wasser, Gas usw. per Akzept = Accepted for value) die unter Einsatz mit unseren Kollateralwerten geschaffen wurden
- Deshalb nennt man dieses Konto auch Freistellungskonto
- Der einzige, individuelle Verfügungsberechtigte über das individuelle Freistellungskonto ist der Mann / das Weib, das dafür sein Kollateralvermögen als Sicherheit für dieses Konto zur Verfügung gestellt hat ... über die **NP** Obligation
- D. h. die individuelle NP Obligation ist das Konto, für das außer uns Stiftern keiner eine Verfügung freigeben darf. Außer mit unserem Einverständnis ... per Unterschrift
- Bei allen Anträgen, gleich welcher Art, handelt es sich um einen Antrag auf eine Kontoeröffnung
- Bei jeder Kontoeröffnung wird die unsere individuelle **NP** Obligation als Sicherheit für das Konto hinterlegt
- Da der Mann / das Weib diese Freigabe erteilt, sind wir Männer und Weiber die Gläubiger aller Konten (wegen der Hinterlegung von Sicherheiten = Liquidität zweiten Grades = Anlagevermögen = Kollateralwerte)
- Deshalb sind wir für alle Konten, für die wir einen Eröffnungsantrag stellen, die Kontogläubiger und Sicherungsgeber
- Deshalb sind wir für alle Verfahren (= Aktenzeichen = Konto) die Verfahrensgläubiger, aber nur wenn wir die **NP**-Obligation verwalten
- Die juristische Person ist ein solches Konto, das auf unseren Antrag hin eröffnet wurde
- Über dieses Konto werden die Entnahmen aus der Produktion, die mit Hilfe unserer Kollateralwerte erfolgte, abgerechnet
- **Somit sind ist die NP-Obligation der Kontengläubiger**
- **... und die JP-Obligation ist der Kontenschuldner ... und wem gehört die JP-Obligation?**

Wir sind alle Geschäftsführer OHNE Auftrag

Geschäftsführung

- Eine **JP** Obligation ist ein Unternehmen
- GERMANY ist in DELAWARE gemeldet und somit ein US-Unternehmen (wie alle anderen auch)
- Somit haben alle Unternehmen, die GERMANY herausgibt, welche Staatsangehörigkeit?
- Somit sind doch alle Sub-Unternehmen von GERMANY US-Amerikanische Sub-Unternehmen, oder?

Vertragliche Regelungen

- Jede juristische Person ist also ein Unternehmen in sich bereits
- Jedes Unternehmen hat eine Geschäftsführung
- Jeder Geschäftsführer hat einen Arbeitsvertrag, mit dem seine Befugnisse (versicherte Bereiche) genau geregelt sind
- Somit hat jeder Geschäftsführer einen versicherten Handlungsspielraum
- D.h. er muß nicht in die „private“ Haftung, wenn er sich mit seinen Handlungen im versicherten Bereich bewegt
- Wer von uns Investoren hat einen Geschäftsführervertrag?
- Gibt es diesen vielleicht sogar und er wurde uns – weil wir ihn bis heute nicht angefordert haben – noch nicht ausgehändigt?
- Wer von uns Investoren hat also einen versicherten Handlungsspielraum – **der uns bekannt gemacht wurde** – erhalten?
- Warum unterschlägt uns der Herausgeber der **JP** Obligation unsere vertraglichen Rechte und beläßt uns ausschließlich Pflichten, die nicht individuell vertraglich geregelt sind ...
- Außer durch die AGBs zur Nutzung der juristische Person – auch Gesetze genannt?
- Welche Absichten verfolgt der Herausgeber der juristischen Person?
- Wer Pflichten hat, hat auch Rechte ... wo sind unsere (unverhandelbaren) Rechte außer der vorgegaukelten Scheinsicherheit, die sofort entzogen wird, wenn es der Stifter wagt sich zu wehren?
- Ein Geschäftsführer haftet für entstehende wirtschaftliche Schäden, falls er außerhalb seiner Befugnisse agiert.
- Wo ist unser Geschäftsführervertrag?

Wir sind alle Geschäftsführer OHNE Auftrag

Geschäftsführung

Rechte und Pflichten eines Geschäftsführers

- Ein Geschäftsführer erhält seine Rechte aus einem Vertrag
- Darin sind seine Befugnisse und Pflichten genau geregelt
- Er hat Anspruch auf ein Gehalt, darf aber freiwillig darauf verzichten
- Er hat Anspruch auf einen bezahlten Jahresurlaub, darf aber freiwillig darauf verzichten
- Der faktische Geschäftsführer muß sich gegenüber dem weisungsgebundenen Geschäftsführer an die internationalen Regelungen für Arbeitsverträge der ILO* halten, da sich der weisungsgebundene Geschäftsführer in einer schwächeren Position befindet (abhängiges Beschäftigungsverhältnis)
- Ein Beschäftigungsverhältnis ohne Arbeitsvertrag ist illegal
- Ein Beschäftigungsverhältnis ohne Entgelt ist illegal
- ... wenn es beklagt wird

Haftungsfragen

- Die juristische Person wurde auf unseren Wunsch und der Verpflichtung gegenüber dem Department herausgegeben, damit jeder Stifter ein regionales, individuelles Konto (Obligation) hat, so daß die Konten **NP** / **JP** gegeneinander abgeglichen werden können
- Da die **JP** bereits bei Gründung insolvent ist, muß die **NP** für diese Obligation in die Haftung gehen
- In der Fiktion werden Konten herausgegeben, bei dem die **NP** Obligation immer in der Haftung ist
- Alle Haftungsansprüche (gegenüber der **JP**) werden über diese Kontenverbindung abgerechnet
- Jeder Versuch, Haftungen/Belastungen ohne unser Einverständnis auf das **NP** Konto zu buchen ist Treuhandbetrug
- Dies geschieht jeden Tag ... ohne unser Wissen

* Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Hauptsitz in Genf. Sie ist zuständig für die Formulierung und Durchsetzung internationaler Arbeits- und Sozialstandards.

Wir sind alle Geschäftsführer OHNE Auftrag

Geschäftsführung

Haftungsfragen zum Schluß

- Und wenn dieser Vorgang vertuscht werden soll?
- Na dann erfindet man eine interne (Sammel-)Obligation
- Die „Herr-„ und „Frau-„ Sammel-)Obligation
- Für diese haben wir nicht einmal eine Haftungszusage (Unterschrift) abgegeben. Also ein Konto ohne Haftung
- Die bietet man uns an und ...
- ... wir fühlen uns angesprochen und gehen freiwillig für eine Obligation in die Haftung die, mit allergrößter Wahrscheinlichkeit, noch nicht einmal (also lizenziert) abgerechnet wird. Dafür bekommen wir nicht einmal eine Rendite für den Einsatz unserer Werte.

Zum Abschluß

Offensichtlich reichen dem Inhaber der Gebietsverwaltungsfirma GERMANY die Gewinne von 10% der Erträge abzüglich der 4% an das Department nicht aus und er entwickelte ein System zur Gewinnmaximierung.

Es liegt an uns, ob wir zusehen und uns als Investoren um unsere Renditen prelle lassen oder nicht.

Es liegt an uns, ob wir irgendwann alle unsere Werte als Sicherheiten für Liquidität hinterlegt haben, die wir eigentlich gar nicht benötigen, um unseren Lebensunterhalt zu bestreiten.

Deshalb ist es an der Zeit darüber nachzudenken, ob die aktuelle Verwaltung, der wir bis heute stillschweigend zugestimmt haben weiter gewähren lassen, oder ob es an der Zeit ist, eine Vertragsänderung – zu unseren Gunsten – einzufordern.

Denn niemand von uns ist ein Schuldner ... und jeder ist so lange unschuldig, bis seine Schuld bewiesen ist

Es liegt an uns den aktuellen Zustand zu ändern ... für unsere Enkel und Urenkel